

ATOMENERGIE

Comeback der Reaktoren?

Unionspolitiker fordern nach dem Hochwasser einen besseren Klimaschutz, Atomlobbyisten denken schon an neue Kraftwerke.

Das Wasser der großen Flut war noch nicht abgelaufen, da präsentierte der Unionsexperte für die Umwelt schon ein Patentrezept gegen den Klimawandel. „Wer jetzt die Errichtung neuer und sicherer Atomkraftwerke verbietet“, sagte der umweltpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Peter Paziorek, „legt künftige Generationen auf unverantwortliche Weise fest.“

Damit attackiert der Christdemokrat den rot-grünen Beschluss, aus der Atomkraft auszusteigen – wo es doch gerade einen so schönen Anlass gibt. Erstmals seit 13 Jahren, als im baden-württembergischen Neckarwestheim Deutschlands jüngster Druckwasserreaktor ans Netz ging, könnte nach einem Wahlsieg der Union wieder ein Richtfest geplant werden.

So ganz sicher ist sich die Noch-Opposition ihrer Haltung freilich nicht. Parteichefin Angela Merkel hält vorsichtig Distanz zu Pazioreks Position: „Solange die Wirtschaft keine neuen Kernkraftwerke bauen will, bleibt es bei dem Baustopp.“ Doch unter Atomlobbyisten wachsen schon die Begehrlichkeiten – und sie können auf das Wahlprogramm des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber setzen: Zwar wird da sowohl eine „effiziente Kraft-Wärme-Kopplung“ als auch eine „Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Ener-

gien“ gefordert. Aber auf die Atomkraft mag die Union keinesfalls verzichten: „Wir werden auch in Zukunft die Option auf die Nutzung der Kernenergie offen halten.“

Mit einem Nuklearausstieg könne Deutschland „künftig seine Verpflichtung zur Kohlendioxid-Reduktion nicht mehr einhalten“, außerdem kople sich das Land „von der Technologieentwicklung“ ab, so das Programm. „Wir wollen das Ausstiegsgesetz ändern“, sagt Stoiber.

Das ist ganz im Sinne des Präsidenten des Deutschen Atomforums in Bonn, Gert Maichel. In Finnland und China haben die Regierungen schon den Neubau von Kernkraftwerken beschlossen. „Auch bei uns stehen die Chancen für die Kernkraft gut“, sagt der Atomlobbyist.

Damit stünde das Kernstück rot-grüner Energiepolitik auf der Kippe. Die Koalition verhandelte mit der Industrie, dass die deutschen Reaktoren innerhalb von rund 20 Jahren einer nach dem anderen abgeschaltet werden sollen. Neue werde es nicht geben. Erst im April war dieser „Energiekonsens“ in das Atomgesetz aufgenommen worden.

Zwar zeigen die meisten Betreiber derzeit öffentlich auch kein übermäßiges In-

teresse am Bau neuer Atomkraftwerke. Für den Chef der Münchner E.on Energie AG etwa, Hans-Dieter Harig, steht eine „Absicherung der Laufzeiten“ der jetzt existierenden Stromfabriken im Vordergrund.

Für Klaus Rauscher, den Vorstandsvorsitzenden des neuen Energieriesen Vattenfall Europe, kann jedoch schon 2005 die Zeit für „konkrete Planungen neuer Ersatzkraftwerke“ gekommen sein. „Wir dürfen auf die Option Kernenergie nicht für alle Zeiten verzichten“, sagt Manager Rauscher – bis 1991 Chef der Bayerischen Staatskanzlei. Und der Mann hat Einfluss: Der schwedische Vattenfall-Konzern betreibt nicht nur daheim acht Atomkraftwerke, in Deutschland hat er gleich mehrere große Versorger geschluckt: HEW, Beag, Laubag und Veag.

Spätestens im Jahr 2010 werde sich die „Einstellung zur Kernenergie“ ändern, glaubt Lobbyist Maichel – denn dann müsse angesichts der langen Planungsphasen über den Ersatz für die Museumsreaktoren entschieden werden.

„Da werden wir noch einige Überraschungen erleben“, sagt der ehemalige Shell-Vorstand und heutige Windenergie-Manager Fritz Vahrenholt. Als Mitglied

des „Rates für nachhaltige Entwicklung“ der Bundesregierung sieht Vahrenholt künftig Probleme, herkömmliche Kraftwerke für Gas oder Kohle auszubauen. Trotz modernster Technik würden sie weiter das Klimagas Kohlendioxid ausstoßen, und auch alternative Energien könnten die Lücke kaum decken. Der Einkauf von nuklear erzeugtem Importstrom aus Tschechien oder der Ukraine sei risikoreich. „Dann bleibt doch nur die Alternative, die deutschen Kernkraftwerke länger zu betreiben als vereinbart“, sagt Vahrenholt – oder neue zu bauen.

Und verbesserte Technik für ein Comeback der Reaktoren steht schon bereit. So entwickelt das deutsch-französische Atomunternehmen Framatome ANP, ein Zusammenschluss zwischen Siemens und dem französischen Staatskonzern Areva, ein Konzept für einen Europäischen Druckwasserreaktor und einen Siedewasserreaktor (SWR 1000). Für beide Meiler-Typen versprechen die Hersteller mehr Sicherheit, als die jetzigen Modelle bieten können.

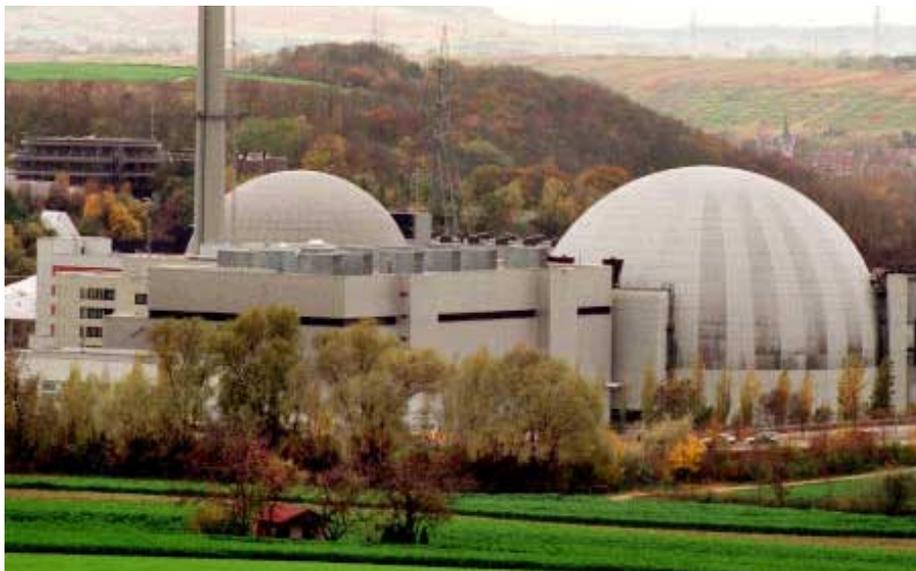
Mitfinanziert wurden die Konzepte für insgesamt 225 Millionen Euro auch von deutschen Energieversorgungsunternehmen sowie Stromerzeugern in der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich, wo über Neubauten kräftig nachgedacht wird.

„Die Ausstiegspolitik der Bundesregierung“, hofft Ralf Güldner, Geschäftsführer der deutschen Framatome ANP GmbH, „wird sich sehr bald als von gestern erweisen.“

SEBASTIAN KNAUER



Unionsspitze Merkel, Stoiber: „Option offen halten“



Kernkraftwerk Neckarwestheim: „Da werden wir noch Überraschungen erleben“